



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

20.01.2022  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Bessere Finanzierung der psychosozialen Betreuung geflüchteter Menschen**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen  
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 58  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Förderungen von Maßnahmen zur Flüchtlingsbetreuung und -integration

**Veränderung**  
**von um auf**

**Leistungsplan:**

**Beträge in 1.000 EUR**

<b>Gesamtkosten</b>	7.079,0	+6.000,0	13.079,0
<b>Produktabgeltung</b>	7.079,0	+6.000,0	13.079,0

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Flucht bedeutet oftmals die Erfahrung von Vertreibung, Trennungen, Verlusten und Gewalt. Viele Geflüchtete sind traumatisiert. Auch mit Ankunft in der Aufnahmegesellschaft enden diese Erfahrungen nicht zwangsläufig, es werden Erfahrungen von Diskriminierung und Perspektivlosigkeit gemacht. Aufgrund dieser Umstände sind psychische Krisen und Traumatisierungen von Geflüchteten keine Seltenheit. Die notwendige psychosoziale Versorgung der Betroffenen wird derzeit in vier vom Land geförderten Psychosozialen Zentren (PSZ) geleistet sowie von einigen privaten Trägern. Dieses Angebot ist nicht ausreichend, da die Anreisewege zu den Psychosozialen Zentren für die Betroffenen teils unzumutbar lang sind. Auch im Vergleich ist das Angebot in Hessen nicht ausreichend. In Rheinland-Pfalz (mit weniger Einwohnern und weniger Geflüchteten) gibt es sechs Psychosoziale Zentren. Um ihrem Auftrag- Verdachtspersonen diagnostisch einzuschätzen und eine notfallmäßige Erstversorgung zu gewährleisten- nachkommen zu können, müssen die PSZ finanziell massiv aufgestockt werden. Statt 400 000 € pro Zentrum, veranschlagen wir deswegen eine Million jährlich, sowie den Aufbau eines 5. Zentrums um den Bedarf in der bisher unterversorgten Region Osthessen gerecht zu werden. Zudem soll eine Zusatzfinanzierung je Standort der Erstaufnahmeeinrichtung von 50 000€ vorgehalten werden um den stark gestiegenen Belegungszahlen und den vier neueröffneten bzw. geplanten Standorten gerecht zu werden. Darüber hinaus soll es eine langfristige Regelförderung für die PSZs geben, damit die Träger und Ihre Beschäftigten Planungssicherheit haben und die Ressourcen die aktuell für die jährliche Neubeantragung nötig sind anderweitig genutzt werden können.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Jan Schalauske**